

Newsletter

Solidaritätsnetz Ostschweiz



Informationsblatt des Solidaritätsnetzes Ostschweiz

Ausgabe 14 / Dezember 2008

Ist es nur eine Finanzkrise?

Die Nothilfe in der Schweiz bleibt ein Skandal

In den letzten Monaten füllen Hiobsbotschaften über die internationale „Finanzkrise“ die Zeitungen. Zwei Dinge springen dabei besonders ins Auge: Zum einen die Geschwindigkeit mit der die Regierungen der USA und Europas die Banken unterstützen und zum zweiten die Höhe der Unterstützungsbeiträge, die gesprochen werden.

In einem offenen Brief machten verschiedene internationale Hilfsorganisationen kürzlich darauf aufmerksam, dass allein die amerikanische Versicherungsgesellschaft AIG 123 Milliarden US\$ als Rettungskredit erhalten hat. „Das sind 18 Milliarden Dollar mehr als die jährliche Summe, die als Entwicklungshilfe in ärmere Länder fließt und zweimal soviel als benötigt wird, um die Millenniumentwicklungsziele zu erreichen. In Europa halten die Rettungsaktionen an. Die Regierung von Großbritannien hat weitere 50 Milliarden Pfund in den Topf geworfen, um den

britischen Bankensektor zu reaktivieren. Das ist knapp die Summe, die Entwicklungsländer jährlich benötigen, um sich dem Klimawandel anzupassen.“ *

Das schweizerische Massnahmenpaket von Bundesrat, Nationalbank und Bankkommission sieht vor, dass die UBS noch dieses Jahr einen Kredit über 61 Milliarden Schweizer Franken erhält. Mehr als 20 Milliarden Franken hat die UBS bereits abschreiben müssen.

Dieser Eile und diesen horrenden Summen steht das zögerliche Vorgehen in der Umsetzung der Millenniumsziele krass gegenüber. Während den Banken blitzschnell unter die Arme gegriffen werden kann, erklären die amerikanischen und europäischen Regierungen immer wieder, dass sie keine Mittel hätten, um den Hunger, den Preisanstieg bei den Lebensmitteln oder die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen. Deshalb hier noch andere Zahlen:

Ende 2007 zählte das UNHCR 11,4 Millionen Menschen auf der Flucht und 26 Millionen innerstaatliche Vertriebene, aufgrund von bewaffneten Konflikten. 80% der Flüchtlinge werden in oft sehr armen Nachbarstaaten aufgenommen.

Ein kleiner Teil sucht in Europa Zuflucht. Und hier stossen sie nicht nur auf verschlossene Grenzen, sondern auch auf Staaten, die lautstark klagen, wie teuer die Flüchtlinge seien. Im März 2007 kündete das Bundesamt für Migration stolz an, dass die Kosten im Asylbereich im Zeitraum von 2004 bis 2009 von 969 auf 714 Millionen Franken gesenkt werden können. Mit dem Kredit an die UBS könnten die Ausgaben im Asylbereich während 85 Jahren bezahlt werden.

Und dann sind da ja noch die Boni der Banker. Trotz einem Verlust von 4,4 Milliarden zahlte die UBS im Jahr 2007 10 Milliarden Boni aus. Und das in einem Land, in dem Nothilfebeziehende durch den Staat verordnet 8 Franken/Tag erhalten, eine fünfköpfige Familie gar nur 21 Franken/Tag. Mit den UBS Boni vom Jahr 2007 liesse sich also die Nothilfe der 12 Familien, die zurzeit im Kanton St.Gallen betroffen sind, während 108'000 Jahren bezahlen.

Deshalb braucht es wirklich „change“ - Wechsel - nicht nur in den USA. Wir können die Schweiz und die Welt, wie sie ist, nicht einfach so hinnehmen.

**Darum feiern wir Weihnachten dieses Jahr etwas anders.
Lesen Sie mehr dazu auf Seite 8!**

Andreas Nufer

*) Weiter im Internet:

www.socialtimes.de und www.alliancesud.ch



Migrationswoche: Ein Erfolg

Vom 8. bis am 14. September 2008 fand in der ganzen Schweiz „die woche der migrantInnen“ statt, die von Solidarité sans frontières schweizweit koordiniert wurde.

Ziel der „Woche der migrantInnen“ war, einen neuen Blick auf das Thema Migration zu fördern. Denn heute wird Migration oftmals aus der Problemperspektive diskutiert und als Bedrohung für die Schweiz empfunden. Ziel dieser Woche war den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum aufzuzeigen, den die Immigration der Schweiz gebracht hat.

All die Veranstaltungen während dieser Woche wie zum Beispiel Filmvorführungen im Kinok, Kulturabende, Kindernachmittage, Diskussionen und Gespräche mit Nohilfebezügern, ein Begegnungsfest und ein interreligiöses Gebet, dienten dem Ziel, Migration als bereichernde Begegnung für alle Völker und Menschen zu verstehen lernen und eben nicht nur als Bedrohung wahrzunehmen.

„die woche der migrantInnen“ bot aber auch Gelegenheit die schwierige Situation der Menschen mit einem abgewiesenen Asylgesuch oder einem Nichteintretensentscheid anzusprechen. Betroffene erzählten, wie sie trotz jahrelangem Aufenthalt in der Schweiz und hängigem Härtefallgesuch ihre Arbeitsstellen und Wohnungen aufgeben mussten und nun von der Nothilfe unter dem Existenzminimum leben müssen.

Das Organisationskomitee Ostschweiz arbeitete mit dem Slogan „hier bleiben - mitarbeiten - zusammenleben“.

Im OK waren vertreten: Marina Widmer vom CaBi Antirassismus Treff St. Gallen und Solidaritätsnetz Ostschweiz, Fabrizio Dei vom Ausschuss für Integration, Mauro Mitrucchio vom Comitato Scuola Famiglia, Benjamin Altwegg von der Partei der Arbeit (PdA) St. Gallen, Christof Bürkler vom CaBi Antirassismus Treff St. Gallen und der Partei der Arbeit (PdA) St. Gallen, Andreas Nufer vom Solidaritätsnetz und Pfarrer der Ökumenischen Gemeinde Halden, Jandira Müller von der Stimme der MigrantInnenvereine und der migrierten bühne, Sait Uzun von der Stimme der MigrantInnenvereine und dem kurdischen Kulturverein St.Gallen, Raffael Nitihardjo vom Quartiertreffpunkt Mosaik, St.Gallen und Regula Badertscher vom Solidaritätsnetz Ostschweiz.

Wir erreichten in etwa tausend Personen durch unser Projekt. Die Veranstaltungen waren jedoch sehr unterschiedlich besucht. Das Organisationskomitee ist der Meinung, dass weitere Projekte zu diesem Thema sehr wichtig wären und hat bereits ein nächstes Projekt „woche der migrantInnen“ am Laufen.

Rückblickend sind wir sehr zufrieden mit dem erzielten Resultat und freuen uns auf das kommende Projekt.

Regula Badertscher



Die Beobachtungsstelle hat im Januar 2008 die Arbeit aufgenommen. Anstoss für dieses Projekt war die tiefe Besorgnis vieler Organisationen und Einzelpersonen - darunter auch das Solidaritätsnetz Ostschweiz und der CaBi-Antirassismustreffpunkt - über die Verschärfungen der Asyl- und Ausländergesetzgebung, wie sie in der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 2006 angenommen wurden.

Als Erstes hat die Beobachtungsstelle die Umsetzung der Nothilfe im Kanton St.Gallen in einem Themenpapier dokumentiert. Die Hauptarbeit liegt jedoch in der Fallbeschreibung von Einzelfällen, die das Ausländer- und Asylrecht betreffen. Die Beschreibungen und Themenpapiere sind unter den am Schluss dieses Artikels angegebenen Internetadressen zu finden. Unter anderem haben wir dokumentiert:

- 1) Ausweisung einer Familie nach 21 Jahren Aufenthalt wegen Sozialhilfeabhängigkeit nach Krankheit
- 2) Die Verhinderung einer Heirat durch die Ausschaffung
- 3) Ausschaffung eines psychisch Kranken
- 4) Geschlechtspezifische Diskriminierung bei erleichterter Einbürgerung
- 5) Eine dreiköpfige Familie, die trotz Härtefallgesuch in die Nothilfe verwiesen und in eine unwürdige Bettelsituation gebracht wurde.
- 6) Mutter/ Grossmutter kann nicht in die Schweiz übersiedeln, weil eine spätere Fürsorgeabhängigkeit befürchtet wird

7) Verstoss gegen die Bundesverfassung Art. 12:

Bettelexistenz in Folge von Nothilfe und gegen die Konvention über die Rechte der Kinder

8) Opferhilfegesetz nicht respektiert und als Härtefall nicht anerkannt

Die Beobachtungsstelle hat Kontakt mit JournalistInnen aufgenommen und sie auf dokumentierte Fälle aufmerksam gemacht. Sie hat Lobbyarbeit betrieben bei Behörden und ParlamentarierInnen. Die Arbeit der Beobachtungsstelle hat auch bereits konkrete Auswirkungen gehabt. So sind Einzelfälle bereits für die Pressearbeit des Solidaritätsnetzes verwendet worden. Eine Beschreibung kam bereits für eine Petition in Einsatz und eine weitere trug zur schnellen zur Bildung einer Ad-hoc-Solidaritäts-Gruppe für die betroffene Familie bei. Ferner wurde im Nationalrat aufgrund einer Dokumentation eine Interpellation eingereicht.

Damit diese sehr aufwendige Arbeit kontinuierlich weiter geleistet werden kann ist die Beobachtungsstelle dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir bitten darum das Projekt grosszügig zu unterstützen:

Beobachtungsstelle Ostschweiz für Asyl- und Ausländerrecht
9000 St.Gallen, PC-85-7773888-0

Marina Widmer

Dorf der Völker: Moschti Fäascht in Widnau

Mitten in einem grossen, traditionellen Dorffest dem „Moschti-Fäascht“ Ende September sollten auch viele jener Kulturen vertreten sein, welche im Alltag in unserer Region vertreten sind: Gemeinsam leben, arbeiten, aber auch feiern. So wollten wir helfen, latente Fremdenangst in Neugier auf die Kultur Anderer umzuleiten.

Ein Versuch, ein kleiner Schritt, aber: Einen Weg kann man immer nur Schritt für Schritt gehen. Immerhin: Unser „Dorf“ mit Pavillons von Serben, Vietnamesen, Latinas, Kurden, Tamilen und Afrikanern hat sehr guten Anklang gefunden. Auch das Programm auf der Dorfbühne, das während 3 Tagen Kulturbeiträge dieser Gruppen und sonst aus aller Welt (inclusive Schweizerörgeli) zeigte, erfreute sich grosser Beliebtheit.

Heini Ziegler



Strasse im Dorf der Völker, im Hintergrund die Bühne



festlicher Hochbetrieb



Kinder mit Tänzen aus Vietnam am Tag...



... und afrikanische Rhythmen in der Nacht: SAFSAP

Schönes

Für einmal erreicht uns in dieser Rubrik nur eine Nachricht. Umso mehr freuen wir uns darüber:

Semira A. von H. hat eine B-Bewilligung bekommen. Super! Und an der Arbeitsstelle in Rheineck gefällt es ihr. Sie ist sooo glücklich, dass sie von der Ausschaffungsangst befreit ist!

Solidaritätsnetz Ostschweiz
Kontaktbüro
Oberer Graben 31
9000 St. Gallen

071 220 17 45

admin@solidaritaetsnetz.ch
 www.solidaritaetsnetz.ch

Spenden
 PC 85-355701-5
 IBAN CH52 0900 0000 8535 5701 5

Berichte aus den Regionen

Aus dem Rheintal

Den Schwerpunkt in den letzten Monate bildete sicher das „Dorf der Völker“, das unsere Kapazitäten ziemlich intensiv beanspruchte.

Nun geht es wieder darum, die Situation der Flüchtlings-Familien und Einzelnen in unserer Region etwas zu verbessern, welche in der Nothilfe oder sonst in prekären und schwierigen Situationen leben müssen. Dabei erleben wir, wie unsere Kollegen in den anderen Regionen, vor allem auch unsere Machtlosigkeit.

Niemand weiss, wie es weitergehen wird. Die Angst frisst diese Menschen langsam von innen her auf. Sie haben keine Chance, auszuweichen. Welche Mutter würde ihre Kinder freiwillig nach Afrika deportieren, wenn sie über keinerlei finanzielle Mittel, noch einen Beruf hat?

Nothilfe ist ein sicherer Weg ins Elend...

Wenn auch die elementare Wohnsituation an den meisten Orten befriedigend ist: Ohne zusätzliche Unterstützung vor allem für Sprachunterricht (inkl. der dazu nötigen Busfahrten) und für Kontakte mit Freunden und Schweizern, aber auch schon für ganz elementare Lebensbedürfnisse, geht es nicht. Nothilfe ist ein sicherer Weg ins Elend...

Jetzt im November starten wir wieder neu mit unserem wöchentlichen Kontakt/Deutsch-Treff, zu dem alle Betroffenen eingeladen sind. Für Sprachkurse arbeiten wir aber eng mit der regionalen Sprachschule zusammen: Die Kenntnisse sind viel zu unterschiedlich, als dass man diese Leute gemeinsam unterrichten könnte.

Und es tun sich neue Probleme auf: Der grosse Andrang von Flüchtlingen mache neue Massnahmen nötig, heisst es.

Dabei fehlt doch immer das Wesentliche: Eine sinnvolle Arbeit. Wir werden da dran bleiben...

Heini Ziegler

Aus dem Toggenburg

Immer wenn ich von der Gemeinde das von mir vorausbezahlte Nothilfegeld zurückerfordere, frage ich mich: Wie lange müssen diese Menschen in dieser ungewissen Situation noch verharren? Anfangs Januar waren es zwei Personen, Mitte Februar schon deren vier. Anfangs März kehrte einer nach langem Zögern freiwillig zurück in seine Heimat. Anfangs Juni kamen wieder zwei Neue.

Mitte Juli überschlugen sich die Ereignisse: Ein in Wattwil wohnhafter Asylsuchender, der seit geraumer Zeit auf Nothilfe gesetzt worden war und eigentlich nach Flums wechseln sollte, verschwand mit einem der uns zugewiesenen. Von ihnen fehlt seither jede Spur. Auch diese beiden konnten die Ungewissheit nicht mehr aushalten. Zu den vier Verbliebenen gesellte sich Ende Juli einer, der bis zu diesem Zeitpunkt selbständig einer Arbeit nachging. Mitte August erschienen nochmals zwei.

Wir sind nicht bloss Ansprechperson für diese sieben, sondern ermöglichen zum Beispiel auch anderen Nothilfeempfängern aus der Region den Gang zum Brockenhaus, zur Rechtsberatungsstelle, zum wöchentlich stattfindenden Tischlein Deck Dich (Esswaren für 1.Fr.), zum ökumenischen Mittagstisch (jede 2.Woche), zum Arzt, zur Apotheke, zu den Versammlungen des Solidaritätsnetzes.

Sofern erwünscht, bieten wir auch die Möglichkeit an, Deutsch zu lernen. Da ihnen die Hygiene wichtig ist, haben wir einen Putzplan erstellt.

Zwei unter ihnen müssen leider den Sozialpsychiatrischen Dienst beanspruchen. Dankbar sind wir für die Unterstützung kirchlicher Kreise.

Und stets beschäftigt uns die Frage: Wieso dürfen sie nicht wenigstens einer Freiwilligenarbeit nachgehen und müssen unter dem gesetzlichen Existenzminimum abhängig von anderen leben?

Bernhard Schmid

Aus dem Linthgebiet

Auch in unserer Region tat sich viel rundum die NothilfeempfängerInnen.

Hier einige Blitzlichter:

Freiwillig in Ausschaffungshaft? Ja, das gibt es! S. hielt es aufgrund seiner psychischen Verfassung (nach Klinikaufenthalt im Sommer) nicht länger aus in der düsteren Kellerunterkunft in E. Er bat den Arzt, seinen Wunsch nach freiwilliger Haft dem AuA mitzuteilen. Bereits einige Tage später holte die Polizei ihn ab. Trotz Freiheitsentzug habe er es dort besser. Ein schlechtes Zeugnis für unsere Asylsituation!

Trotzdem - S. hofft auf ein Wunder!

Freiwillig in Ausschaffungshaft? Ja, das gibt es!

Mit Gesang und Trommelbegleitung bereicherten zwei Nothilfeempfänger (aus Schmerikon und St. Gallenkappel) den Betttagsgottesdienst in Eschenbach. Die Bevölkerung reagierte weithin positiv. Einzelne und Gruppen sind bereit, etwas zu unternehmen für und mit unseren Flüchtlingen im Asylzentrum Arche.

Ausschaffungs-Blitzaktion des BFM:

Kaum eine Woche verging, da wurde einer der Trommler, Ibrahim Salifou aus Schmerikon, zwecks Papierbeschaffung auf das AuA bestellt - und dort verhaftet - nach 3 Tagen direkt aus dem Gefängnis auf den Flughafen transportiert und ausgeschafft in den Niger! Ohne Möglichkeit, seine persönliche Habe zu erhalten und ohne Erlaubnis, von der Betreuergruppe Abschied zu nehmen!

Diese drei Beispiele sprechen für die Situation in unserer Region - für Hilflosigkeit und Ohnmacht unsererseits, für Hoffnungslichter trotz allem, für die Notwendigkeit unseres Einsatzes hier und jetzt und weiterhin!

Immerhin leben in unseren Gemeinden etwa 17 Menschen als NothilfeempfängerInnen! Viele neue Flüchtlinge treffen ein, einige bereits in Nothilfe.

Schwester Marianne Bernhard

Migration diskutieren

Immer wenn wir über die auswegslose Situation vieler Asylsuchender nachdenken, kommen wir unweigerlich auf grundsätzliche Fragen zu sprechen, wie über schweizerische und die europäische Migrationspolitik.

Viele Lösungen würden sich ergeben, wenn die Schweiz und auch Europa ihre Grenzen nicht so hermetisch abschotten würden. Menschen aus aussereuropäischen Ländern erhalten in der Schweiz, praktisch nur als anerkannte Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene (auf Grund der Asylgesetzgebung) oder über einen Familiennachzug (der im Ausländergesetz geregelt ist) in der Schweiz eine Aufenthaltserlaubnis. Ausnahmen gibt es nur für Hochspezialisierte. Diese erhalten eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung.

Wir fragen uns auch: Gibt es überhaupt eine Migrationspolitik, die diesen Namen verdient? Und welches sind unsere Anliegen an eine schweizerische Migrationspolitik? Was sind unsere konkreten Vorstellungen? Welche Forderungen wollen und sollen wir aufstellen?

Gelegenheit, uns neu in die öffentliche Diskussion einzumischen, gibt die Auseinandersetzung mit dem Positionspapier, das die Gewerkschaft *Unia* im Oktober 2008 zum Thema Migration veröffentlicht hat (siehe Quellenangabe).

Positiv zu vermerken ist, dass dieses Positionspapier nicht als Text «über die Ausländer» sondern «zusammen mit den Ausländern und für die gesamte Schweiz» erarbeitet worden ist. Es ist aus gewerkschaftlicher Sicht geschrieben.

Als Erstes wird grundsätzlich festgehalten: Migration ist gut für die Schweiz. Das umfangreiche Positionspapier ist so aufgebaut, dass zuerst Thesen aufgestellt werden, die Situation analysiert wird und daraus dann ganz konkrete Forderungen zur Einwanderung und Integration aufgestellt werden.

Neben den vielen Forderungen (44) die zur Integration und gegen die Diskriminierungen gibt es auch Thesen und Forderungen zur Einwanderung, die möchte ich an dieser Stelle vorstellen und hoffe, dass sie zu Diskussionen Anlass geben.

Thesen zur Einwanderung

Die Zuwanderung aus ausser europäischen Ländern (sogenannten Drittstaaten) auf nur wenige Hochqualifizierte zu beschränken zu wollen ist illusorisch und fördert die Illegalisierung und Prekarisierung von ArbeitnehmerInnen.

Die Forderungen dazu lauten:

- Keine neuen Rotationsmodelle. Prekäre Aufenthaltsstatute (Kurz-, Saisonaufenthalt), womöglich noch kombiniert mit Personenverleih, begünstigen die Diskriminierung am Arbeitsplatz und sind deshalb auch für Drittstaatsangehörige abzuschaffen.

- Wer einen Arbeitsvertrag vorweist, erhält eine Aufenthaltsbewilligung. Diese ist an die vorgängige Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen gekoppelt. D.h. kontrollierte Zulassung für MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern auch für wenig qualifizierte Jobs.

- Das Recht auf Mobilität auf dem Arbeitsmarkt wird gewährleistet.

Gibt es überhaupt eine Migrationspolitik, die diesen Namen auch verdient?

Thesen zu den Sans-Papiers

- Sans-Papiers decken ein Bedürfnis des schweizerischen Arbeitsmarktes ab.

- Auch Branchen mit einem hohen Sans-Papiers-Anteil (z.B. Haushalt) können durch GAV mit Mindestlöhnen geregelt werden.

- Sans-Papiers sind aufgrund ihrer rechtlichen Situation gezwungen, schlecht bezahlte Jobs zu übernehmen. Die Arbeitsbedingungen geraten damit allgemein unter Druck.

- Eine Regularisierung der Sans-Papiers liegt im Interesse des Staates, nur schon weil er dadurch mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge einnehmen kann.

Agenda

02. Dez. 18.00	Treffen und Dankesessen für KöchInnen und BeraterInnen Engel, St.Gallen
08. Dez. 18.30	Treffen der BeraterInnen Caritas St.Gallen Teufenerstrasse 11
19. Dez	Beginn Aktion Solidarische Weihnachten St.Gallen
26. Dez. 14.00	Vollversammlung nach Phase I der Solidarischen Weihnachten
27. Jan.	Beginn des Weltsozialforums in Belém, Brasilien (www.forumsocialmundial.org.br)
25. Feb. 19.00	Vollversammlung Solidaritätsnetz Ostschweiz Kirche Halden, St.Gallen

Forderungen

- Regularisierungsaktion für Sans-Papiers nach klaren Kriterien (Aufenthaltsjahre, Arbeitgeber).

- Sicherstellung des Zugangs zu Gesamtarbeitsverträgen und Sozialversicherungen sowie gezielte gewerkschaftliche Organisierung der Sans-Papiers.

- Keine Ausschaffung ohne gewerkschaftliche Prüfung von allfälligen offenen Lohn- und Sozialversicherungsansprüchen sowie Verhinderung der Ausschaffung während eines Prozesses vor Arbeitsgericht.

Marina Widmer

Quelle: <http://www.unia.ch>

> Unia für alle > Migration und Integration

Notizen aus der Ausschaffungshaft

Das Gefängnis ist zu einem wesentlichen Teil meines Alltagslebens geworden. Seit über zwei Jahren fahre ich fast jeden Tag zum Grenzübergang Otterbach, wo sich gleich neben den Baracken des Asylverfahrenszentrums das klotzige und hoch gesicherte Ausschaffungsgefängnis befindet. Anfang und Ende des Verfahrens für die Asylsuchenden sind gut sichtbar ineinander verzahnt und bloss durch hohe Stacheldrahtzäune getrennt.

von Anni Lanz, Basel

Das Ritual des Gefängnisbesuchs ist immer dasselbe. Ich läute am äussersten Tor und werde gleich vom Videoauge erkannt. „Guten Tag Frau Lanz, kommen Sie rein“, tönt es jeweils und dann beginnen sich die Schleusentore in Bewegung zu setzen. Seit über zwei Jahren muss ich mich täglich mit meiner ID ausweisen und von verschiedenen Detektoren auf metallische Gegenstände untersuchen lassen. Drinnen im Besuchsraum ohne Tageslicht dann die immer gleichen Gespräche darüber, wie lange die Haft wohl noch dauern werde, über Kopf- und Rückenschmerzen sowie Schlafstörungen. „Jeden Tag werfe ich einen Tag meiner Jugend in den Abfalleimer“, sagt einer, der schon seit 17 Monaten sitzt. Manchmal wandelt sich der düstere Besuchsraum in eine kleine Volks-Uni. Mehrere Insassen nutzen die lange Haft, um Fremdsprachen zu lernen. Sie reicht, um perfekt Deutsch oder Englisch zu lernen. Wir vom Solinetz bringen Lehrbücher mit und erteilen Privatstunden. Wenigstens die fremdsprachlichen Fortschritte ermöglichen ein kleines Erfolgserlebnis.



Würde er in die Rückkehr einwilligen, sähe er sein Kind nie wieder.

Sami und sein Kind

Sami besuche ich seit anderthalb Jahren. Seit 20 Monaten sitzt er schon in Haft, seit gut einem Jahr in Beugehaft. Wie viele andere Insassen ist er kein Asylsuchender, sondern ein ehemaliger Aufenthaltler. Sami hat aufgrund seiner Scheidung die Aufenthaltsbewilligung verloren. Er hat ein vierjähriges Kind, ein Schweizer Kind, sein Ein und Alles. Es ist der Grund, weshalb er sich gegen eine Ausschaffung nach Marokko wehrt. Würde er in seine Rückkehr einwilligen, sähe er sein Kind wohl nie wieder, denn die Mutter stellt sich gegen das vom Scheidungsgericht ausgesprochene väterliche Besuchsrecht. Seit Sami inhaftiert ist, bemüht er sich um ein

Wiedersehen mit seinem Kind. Erst mit der Hilfe eines engagierten Anwalts kam ein Kindsbesuch zu Stande.

Seit dem Besuch durch seinen Sohn im Gefängnis vor ein paar Wochen fühlt sich Sami wieder besser: „Endlich, nach einem langen Unterbruch von zwei Jahren“, schreibt Sami, „konnte ich meinen einzigen Sohn wieder sehen. Ich kann meine Gefühle kaum beschreiben, ich war voll von Emotionen und Sorge, als um 8.30 Uhr sein Besuch begann. Mein Kind betrat den Besuchsraum schüchtern, neugierig; es war verängstigt wegen den strengen Gefängnisregeln und Eingangskontrollen. Nach einem ersten Mustern begab es sich spontan in meine Arme und begann mit seinen kleinen Händen mein Gesicht, meine Haare, meinen Bart zu streicheln.“

Auseinandergerissene Familien

Im Besuchsraum treffe ich häufig auf Lebenspartnerinnen mit Kindern. Vera und ihre jüngste Tochter lernte ich im Sommer 2007 im Ausschaffungsgefängnis in Basel kennen. Täglich besuchten sie Do, ihren Lebenspartner und Vater. Das Töchterchen rutschte jeweils auf meinen Schooss und wollte ein bisschen zeichnen. Dann sprang es sogleich wieder zu seinem Papa im roten Gefängnisleibchen. Vera war eine tüchtige Frau und Mutter von vier Kindern. Nach dem Gefängnis eilte sie jeweils zur Arbeit und wechselte von der Rolle als Familienfrau zu derjenigen als Sales Managerin bis um 20 Uhr. Dann sputete sie sich, um noch bei ihren Kindern zu sein. Ihr Arbeitstag dauerte von 6 bis 22 Uhr, seit ihr Partner, der zuvor die Familienarbeit erledigt hatte, in Ausschaffungshaft war.

weiter auf Seite 7

Die Schweizer Migrationspolitik ist ohne Zukunft in ihrem Bemühen, eine Einwanderung gemäss schweizerischer Vorgabe zu erzwingen. Die Welt im Ausschaffungsgefängnis ist ein kleines Abbild der Nord-Süd-Verhältnisse – aber auch ein Wegweiser für die Methoden, Missliebige gefügig zu machen und Nichtverwertbare auszugrenzen.

Die tägliche Gefängniserfahrung vermittelt mir ein gesundes Misstrauen gegenüber der Übermacht des Sicherheitsstaates. Das Märchen, dass derjenige nichts zu befürchten hat, der sich nichts zu Schulden kommen lässt, verfängt bei mir gewiss nicht. Wer arm ist und aus einem Nicht-EU-Land kommt, kassiert als unerwünschte Person seiner blossen Anwesenheit wegen eine lange Haftzeit. Wir vom Solinetz sind schon öfters ins Visier der Sicherheitsbehörde geraten, bloss weil wir häufige Kontakte zu MigrantInnen, insbesondere zu Illegalisierten, pflegen. Unsere Nummer auf einem Handy beispielsweise genügt schon, dass wir bei einer Strafuntersuchung als potentielle MittäterInnen vorgeladen werden.

Kanton Graubünden

Trotz allem besteht Hoffnung.

Vera, gelernte Sozialpädagogin und beruflich mittleres Kader, hatte damals ein gutes Einkommen, eine schöne, grosse Wohnung und ein gesichertes Leben. Do und Vera wollten im Gefängnis heiraten, doch stand noch die Wegweisung auf dem Behördenprogramm.

Man einigte sich schliesslich, dass Do „freiwillig“ heimreise, Vera die Flugkosten übernehme und 20'000 Franken deponiere, Do dafür aber ein Einreisevisum zwecks Eheschliessung erhalten werde. Dann reiste Do eines Morgens ab.

Vera blieb mit ihren vier Kindern allein zurück, verlor aufgrund ihrer Mehrfachbelastung ihre Arbeit und die Wohnung. Seit vielen Monaten besuchen Mutter und Geschwister den jungen Paulo, der als kleines Kind mit seiner Familie in der Schweiz vorläufig aufgenommen wurde und in Basel aufwuchs. Er hat seine Aufenthaltsbewilligung durch eine Unachtsamkeit verloren. Nun soll er wieder in ein mausarmes Land abgeschoben werden, an das er sich kaum mehr erinnern kann.

Den Inhaftierten, die sich nicht von ihren Angehörigen trennen lassen wollen, werfen die Migrationsbehörde und die Zwangsmassnahmen-RichterInnen „verweigerte Kooperation“ mit den Behörden vor. Mit dieser in den Zwangsmassnahmen-Gesetzen verankerten Begründung wird die Haft alle zwei bis drei Monate verlängert.

Ohne Zukunft

Joe und Jack sagen, sie kämen aus einem kriegsversehrten Land und hätten keine Familienangehörigen mehr. Solche Geschichten habe ich schon unzählige Male gehört. Die wirkliche Geschichte erfahre ich nie, frage auch nicht danach. Weshalb Joe und Jack die lange Haft auf sich nehmen und nicht nach Hause zurückkehren, bleibt für mich im Dunkeln. Joe trägt eine schwere Krankheit in sich, spricht aber nicht darüber. Er klammert sich an mich wie ein Ertrinkender an einen winzigen Rettungsring. Dass er eines Tages freigelassen werde, ist seine einzige Perspektive. Doch der Tag der Freilassung wird ihn vor endlose weitere

Auch die Regierung des Kantons Graubündens zeigt in Sachen Migrationspolitik wenig Fingerspitzengefühl. Gastfreundschaft scheint durchaus Grenzen zu kennen. Über die aktuelle Entwicklung im Tourismuskanton berichtet Marcus Guidon.

Die Umsiedlung

Am 15. Oktober wurde den Bewohnern des Flüeli in Valzeina mitgeteilt, sie hätten sich am folgenden Tag mit Gepäck in der Waldau in Landquart einzufinden. Die Waldau ist eine Deponie ausserhalb von Landquart.

Die neue Unterkunft

Es sind so genannte Wohncontainer. Darin wohnen ist allerdings nur beschränkt möglich: 2 Schlafräume, 6 x 2,5m, für je 6 Personen mit Sack und Pack; 1 Essraum mit Herd, Tisch und Bänken; 1 Waschraum mit WC. Die grösste Einschränkung ist die Hausordnung. Sie verfügt, bei Strafandrohung, unter anderem:

- a) Der Aufenthalt ist auf die Nacht begrenzt. Die Zeit von 8 bis 17 Uhr müssen die Bewohner mitsamt ihrer Habe draussen verbringen.
- b) Um 17 Uhr bekommen sie das Geld für den täglichen Lebensunterhalt: Fr. 7.30. Wer den Termin verpasst, geht leer aus.
- c) Besucher auf dem Containerareal sind nicht zugelassen.

Die Reaktion

Treffen von Vertretern des Vereins miteinander Valzeina, des Solidaritätsnetzes und der ref. Kirchgemeinde Landquart am 17.11. in der Waldau: Drei Arbeitsgruppen machen sich an die Arbeit:

1. Information der Öffentlichkeit
2. Gespräch mit der Regierung
3. Mittagstisch.

Dazu wird eine tägliche Präsenz von Engagierten am Morgen beim Ausschluss der Asylsuchenden organisiert.

Erste Erfolge

Die Öffentlichkeit hat reagiert, u.a. in zahlreichen Leserbriefen. Die Regierung verteidigt sich, lässt aber die Schliessung tagsüber aufheben und das Taggeld auf Fr. 8.-- erhöhen. Der Mittagstisch im Jugendraum der ref. Kirchgemeinde wird besucht, nicht nur von Waldau-Bewohnern. An einem Apéro am Samstagnachmittag, 1.11., in der Waldau versammeln sich ca. 150 Leute aus Landquart und Umgebung, um einen Augenschein vor Ort zu nehmen und den Bewohnern der Siedlung zu begegnen. Der Anlass wird zu einem friedlichen Fest.

Das Wichtigste

Eine kleine Welle der Solidarität ist aufgeworfen worden. Und sie pflanzt sich fort: Die katholische Kirchgemeinde Landquart hat sich angeschlossen, eine landesübergreifende Vernetzung mit Amnesty International bahnt sich an, am 4. Dezember ist ein weiterer Apéro mit der Bevölkerung mit Spezialprogramm angesagt. Das gibt Anlass zu Hoffnung.

Marcus Guidon, Thisis
Weiter im Internet: www.vmv.ch

Probleme stellen. Mit dem viel zu kleinen Nothilfegeld wird er, so befürchte ich, kaum überleben können, ohne in einen Zirkel von Vergehen und Strafe zu gelangen. Doch alle meine Versuche, ihm eine Zukunft hier auszureden, scheitern. Er hat viel zu wenig zu verlieren.

Anni Lanz ist seit 25 Jahren in der Asylbewegung engagiert. Sie wurde für die Kampagne "1000 Frauen für den Friedensnobelpreis" nominiert und erhielt aufgrund ihres unermüdlichen Einsatzes für die Menschenrechte die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Uni Basel. Dieser Artikel ist als Erstabdruck in "Neue Wege - Beiträge zu Religion und Sozialismus" erschienen.

www.neuewege.ch

Solidarische Weihnachten

Wir eröffnen ein Refugium
für Flüchtlinge.



St. Gallen 19. - 26. Dezember 2008

**Die Grundidee ist einfach:
Wir leben für mindestens eine
Woche mit Flüchtlingen zu-
sammen in einem Haus in der
St. Galler Innenstadt.
Der Kälte in der Asyl- und Aus-
länderpolitik stellen wir die
Stärkung unserer Beziehungen
entgegen.
Dem entwürdigenden Leben in
der Nothilfe begegnen wir mit
solidarischem Zusammenleben.**

**Kommt und lebt für eine Woche, einige Tage
oder einige Stunden mit uns zusammen!**

Wir brauchen viele Freiwillige, meldet euch unter admin@solidaritaetsnetz.ch oder **071 288 15 10** wenn ihr bei einer oder mehreren Aktivitäten mithelfen könnt.

Kunstatelier, Geschichtenstunde, Poesienacht, Freiluftkrippe, Weihnachtsspiele, Crash Kurse, Weihnachtsmarkt, etc.

Während der ganzen Woche können wir uns viele verschiedene, kleinere Aktivitäten vorstellen. Meldet euch, wenn ihr etwas anbieten möchtet.

Zudem sind wir auf der Suche nach zwei grossen Christbäumen. Wer kann einen bringen?

Zum Beispiel: Basteln für Kinder, Mini-Sprachkurs, Spielabend, Trommelworkshop, Kurzvorträge, Länderfos, Tanzkurse, Guezlete, Kochkurs,

Für alle, die diese Aktion oder Personen in der Nothilfe finanziell unterstützen möchten:

PC 85-355701-5

IBAN CH52 0900 0000 8535 5701 5



Die Adresse des Hauses bleibt vorerst geheim. Wir geben sie am **18. Dezember** bekannt.

Es gibt jeden Tag Frühstück, Mittagessen und Nachtessen für alle. Zwischendurch ständig Kaffee und Tee.

Je mehr Freiwillige sich melden, desto mehr können wir umsetzen.
Folgender provisorischer Kalender ist in Bearbeitung:

Fr, 19.12.	14:00	Pressekonferenz
Sa, 20.12.	12:00	Mittagstisch auf dem Bohl
	19:00	Weihnachtsparty
So, 21.12.	16:00	Gottesdienst zum 4. Advent
Mo, 22.12.	19:00	Soli-Kino
Di, 23.12.	19:00	Soli-Kino
Mi, 24.12.	17:00	Weihnachtsfeier mit Liedern aus aller Welt
Do, 25.12.	16:00	Weihnachtsgottesdienst
Fr, 26.12.	14:00	Vollversammlung

mit Beschluss über die Kontinuität der Aktion/Phase 2